

Initiative der Wirtschaftskammer: Vorsicht, Falle!

Mit der Initiative gibt es weder mehr noch weniger Mutterschaftsgeld. Die Profiteure sind die Betriebe, vor allem die grösseren. Mit der von der Initiative vorgeschlagenen Lösung wird die Familienausgleichskasse (FAK) schätzungsweise mit 6,5 bis 7 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich belastet (BuA 17/2016). Die Firmen werden entlastet, weil die Bezahlung des Mutterschaftstaggeldes durch die FAK erfolgen würde. Mit der Initiative sparen die Firmen Lohnnebenkosten. Verlierer sind die Familien. Die Initiative bewirkt einen Abbau der gemeinschaftlich finanzierten Unterstützung für Familien. Es bleibt viel weniger Geld für die Auszahlung von Kindergeld und Geburtzulage übrig. Dies deshalb, weil mit dem FAK-Geld zukünftig auch noch zusätzlich 6,5–7 Millionen Franken Taggelder bezahlt werden müssten. Grosse Betriebe, die das Mutterschaftstaggeld wegen den von ihnen gewählten langen Wartezeiten bis jetzt aus dem eigenen

Sack bezahlen, werden das Geld zukünftig vollumfänglich aus der FAK-Kasse erhalten. Wenn die Initiative angenommen wird, dann wird dies für eine Aufblähung der Bürokratie bei der FAK sorgen. Bezahlt würde dieser Mehraufwand mit Geld aus dem Topf der FAK, d. h. aus dem Kindergeldtopf. Die Initiative sieht nämlich vor, die Abwicklung des Taggeldes bei Mutterschaft nicht mehr bei der Taggeldversicherung anzuschliessen, sondern bei der FAK. Damit hätten wir zwei Institutionen, die dasselbe tun, nämlich Taggelder auszahlen. Dabei müsste sich die FAK neu einrichten. Das kostet. Die Initiative beinhaltet zur Taggeldauszahlung von 6,5–7 Mio. noch eine Kita-Finanzierung mit ca. 1,4 Mio. dazu! Verkraftet das die FAK auf die Dauer? Im AHV-Jahresbericht 2015 sind dazu die Fakten unter «Betriebsrechnung FAK», Seite 52, zu finden: Beiträge 55,3 Mio.; Leistungen/Aufwand 52 Mio. Franken. Eine Beitragserhöhung an die FAK sieht

die Initiative nicht vor, das käme zu diesem Zeitpunkt nicht gut an. Der heutige Zustand, die ungerechte Belastung durch Mutterschaftstaggelder derjenigen Betriebe, die Frauen beschäftigen, und die deswegen vorhandene Diskriminierung der Frau im gebärfähigen Alter ist nicht in Ordnung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wichtig. Aber diese Initiative ist nicht bis ins Letzte durchdacht. Es gibt andere Lösungen, z. B. eine einheitliche Prämie für das Mutterschaftsrisiko innerhalb der Taggeldversicherung. Nachdem der Landtag mit knapper Mehrheit den Eigeninteressen der geschäftstüchtigen GWK-Führung zugestimmt hat, blieb nur noch die Anberaumung einer Volksabstimmung übrig. Damit die Familien und Bürger sich mit der Initiative näher befassen können und dann in der im September stattfindenden Abstimmung befinden können.

Eine Stellungnahme von Herbert Elkuch, DU-Landtagsabgeordneter